

# Öffentliche Bekanntmachung

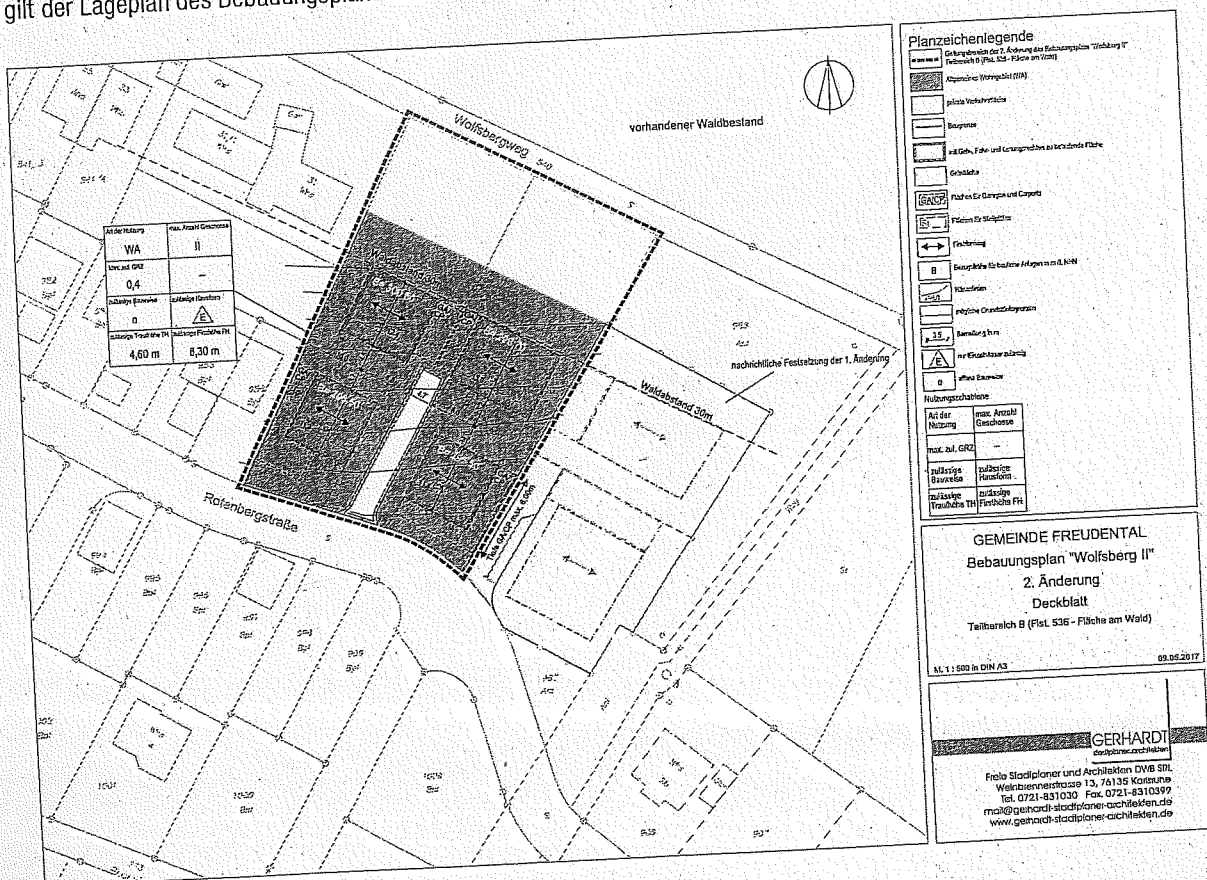
## Inkrafttreten des Bebauungsplans „Wolfsberg II“ – 2. Änderung – Teilbereich B (Flst. 536 – Fläche am Wald) im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB sowie der örtlichen Bauvorschriften

Der Gemeinderat der Gemeinde Freudental hat am 16.05.2018 in öffentlicher Sitzung den Bebauungsplan „Wolfsberg II“ – 2. Änderung – Teilbereich B (Flst. 536 – Fläche am Wald) im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB sowie die örtlichen Bauvorschriften als Satzung beschlossen.

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans wird begrenzt

im Norden: durch den Wolfsbergweg.  
im Osten: Flst. 963, 959 und 958.  
im Süden: durch die Rotenbergstraße.  
im Westen: Flst. 541 und 955.

Im Einzelnen gilt der Lageplan des Bebauungsplans in der Fassung vom 09.05.2017.



### Der Bebauungsplan „Wolfsberg II“ – 2. Änderung – Teilbereich B (Flst. 536 – Fläche am Wald) tritt mit dieser Bekanntmachung in Kraft (vgl. § 10 Abs. 3 BauGB).

Der Bebauungsplan kann einschließlich seiner Begründung im Rathaus Freudental, Schloßplatz 1, 74392 Freudental während der üblichen Öffnungszeiten eingesehen werden. Jedermann kann den Bebauungsplan und seine Begründung einsehen und Auskunft über seinen Inhalt verlangen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in den §§ 39–42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung der im § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1–3 des BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis

des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans, ein nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlicher Fehler oder ein nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlicher Mangel des Abwägungsvorgangs nur beachtlich werden, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Rechtsvorschriften oder den Mangel des Abwägungsvorgangs begründen soll, ist darzulegen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung in Baden-Württemberg (GemO) oder auf Grund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde Freudental geltend gemacht wird. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Freudental, den 22.05.2018

gez. Alexander Fleig  
Bürgermeister